



# Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag ausgenommen an Sonn- und Festtagen. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist für den halbjährigen Zeitraum 700000 Hrk. mit Schluß zum 31. 10. 23. Derzeitige Abbestellungen sind bis zum 31. Oktober für die laufende Woche zulässig. Details der Anzeigen-Verordnung: Seite 19 des vorliegenden Heftes.

Die Anzeigen werden nach National-Zeilen berechnet; die Preise sind festzustellen. Deswegen: Diese Preisliste ist in unverschieblicher Fassung. Druckverleger: Carl-Heinrich Wollweiner, Halle a. S., Postfach-Nr. 1133. Verlags-Adresse: Postfach-Nr. 1133. Telefon-Nr. 1133.

## Französischer Anschlag auf die Pfalz.

### Verrat.

Ein französisch-sozialdemokratischer Versuch zwangsgemein.  
 München, 25. Oktober. (Ein. Drahtfunk.) In der gestrigen Sitzung des Reichstages der Pfalz gab der Vertreter der Rheinlandkommission, Major Loup, folgende Erklärung ab: „Im Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht anbahnen kann, ohne schließlich die allerwichtigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, im Anbetracht ferner der heutigen unruhigen und gefährlichen Lage in Bayern, ist von heute ab die Pfalz als autonomer Staat mit einer professionellen Regierung bis zur weiteren Entwiklung der Ereignisse abgetrennt. Dieser autonome Staat der Pfalz verpflichtet sich fernerhin und unbedingt gegenüber der hohen Internationalen Kommission, mit ihr in Zusammenarbeit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, welche zur Garantie der geschuldeten Reparationen und der nötigen Sicherheit Frankreichs erforderlich sind.“

„Nach einer Pause trat am 14 Uhr der Reichstag wieder zusammen. Nachdem der Vorsitzende die Erklärung des Vertreters der Rheinlandkommission nochmals gelesen hatte, bemerkte er folgendes: „Meine Damen und Herren! In der vorliegenden Frage ist der Reichstag der Pfalz nach den bestehenden rechtsgültigen Bestimmungen (§ 18 der Reichsverfassung) in keiner Weise zuständig. Damit ist der Antrag für sich erledigt.“ Nachdem sich hierauf von den Reichstagsmitgliedern mehr zum Wort gemeldet hatte, erklärte der Vorsitzende zum Schluß:

„Ich habe mich meiner Aufgabe entledigt! Ich bekomme nicht die Mittelung, daß in der Nacht von gestern auf heute das Reichsministerium mit der bayrischen Regierung sich über die Frage eingehend besprochen hat. Die Reichsregierung löst sich mit dem Reichstag der Pfalz ab. Die bayrische Regierung hat die Bildung eines neuen Staates in gesetzlicher Form als Landesverrat abgelehnt.“ (Stimmliche Zustimmung aller Reichstagsmitglieder und auch bei einer sehr großen Anzahl von Tribünenanhörern.) Damit war die zweite Sitzung geschlossen. Um 4 Uhr nachmittags befragten sich verschiedene Abgeordnete mit dem General von Metz, er forderte, daß der Reichstag bis abends 6 Uhr seine Entscheidung treffen. Die Sozialdemokratie hat sich auf die Dauer des Tages mit den anderen Parteien abgeklärt und diese aufgefordert, mit in die parlamentarische Regierung einzutreten. Am Abend hat dann der Reichstag seine Entscheidung getroffen und einstimmig (also auch mit dem Reichstag der Sozialdemokratie) die Fortsetzung des Generaldeiches der Pfalz auf Unabhängigkeitserklärung der Pfalz abgelehnt.

Eine besondere Klasse, die nicht nur an Landesverrat grenzt, sondern vollkommene Landesverrat ist, spielen die Sozialdemokraten, deren fanatischer Haß gegen Bayern keine Grenzen mehr kennt. Der Reichstag der Pfalz hat sich gegen die nicht, in einer eigenen Werbung aus der Pfalz die Vorgesänge zu bezeichnen, als ob sie die Pfalz aus Abneigung gegen das in Bayern herrschende System, also aus eigener Initiative, selbstständig gemacht hat. Wir unterliegen glauben, daß jeder Deutsche, auch der Pfälzer, auf dem Gebiete der Pfalz einen Staat, der recht oder unrecht ist, hat. Der Reichstag der Pfalz wird nicht übertrumpft durch einen Haufen der „Pfälzlichen Pfalz“, des Hauptorgans der pfälzischen Sozialdemokratie, der betont, daß die Stunde gekommen sei, in der die Pfalz sich von Bayern loslösen müsse, nachdem die bayrische Regierung die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offener Rebellion gegen die deutsche Republik befinde. Die Reichstags Sozialdemokratische Partei habe die Initiative ergriffen zur Bildung eines selbständigen Staates im Verbands des Reiches.

Während die von Frankreich gelehrte Klammere des Separatismus im Rheinland merkwürdig, während politische und wirtschaftliche Klabauern den übrigen Teil des Reiches durchziehen, wird Verrat getrieben von der Partei, die sich als Hüterin der Reichseinheit und der Republik aus besonders als berufen hinstellen will. Was Frankreich weiter un wird, ist im Augenblick noch ungewiß. Gerade wegen seiner Beziehungen auf Zustimmung des Reiches ist die Verantwortung, die liegt auf der Sozialdemokratie laftet, riesen groß und schamlos das Verhalten einer Partei, die es wagen konnte, von einer freiwilligen Loslösung der Pfalz vom Reich zu sprechen. Nach dem Verrat der Pfälzlichen Sozialdemokraten, der auch nicht durch die Zustimmung in milderen Tönen erwidert, und nach der Haltung des Reichstags, muß die Sozialdemokratie für jeden Deutschen erledigt sein. Das Wort „Verrat“ ist unauflöslich in ihre Stirn gebrannt.

### Die bayrische Regierung an die Pfalz.

#### Brandmarkung der Verräter.

München, 25. Oktober. Ministerpräsident Dr. v. Aulinger hat an das bayrische Volk einen Aufruf erlassen, in dem er darzutun will, daß ungesetzliche und rechtliche Elemente den Gegensatz zwischen Bayern und Reich entstehen wollten, um die Pfalz von ihrem Mutterlande loszulösen und aus ihm einen selbständigen Staat zu machen. Indem er dieses Unternehmen als „Geldverrat“ an das bayrische Volk darlegt, hat er hervorzuheben, daß der gesunde Sinn der Pfälzer, ihre Treue und ihre festeren Glauben an ihr geliebtes bayrisches und deutsches Vaterland den verabschiedungswürdigen Anschlag der sozialdemokratischen Verräter von heute ab nicht verzeihen wird. Die bayrische Sozialdemokratie verleihe dem pfälzischen Sozialdemokraten in allen ihren Schritten und Berufen für ihr handhohes Vorgehen, ihre Treue und ihre Unabhängigkeit verleihe ihren Dank und höchste Verehrung zugleich mit der Versicherung, daß der Pfälzler seine Treue zu pflegen und zu bewahren. Die Pfälzer werden die Pfälzische Sozialdemokratie nicht verzeihen, weil sie sich dem Wohl unseres geliebten deutschen Vaterlandes widersetzt!

München, 25. Oktober. Wie die „M. N. N.“ melden, hat die bayrische Staatsregierung durch die Gerichte u. a. Freger dem Reichsstaatsanwaltschaften Dank dafür auszusprechen lassen, daß die Reichsregierung erklärt hat, niemals die Pfalz als autonomen Staat im Reichsverband anzuerkennen und den Versuch der Konstitution von Bayern zu mißbilligen. Diese Haltung der Reichsregierung habe wesentlich dazu beigetragen, daß der Rufschrei in der Pfalz zusammengebrochen sei.

### Kämpfe mit Sonderbündlern.

München, 25. Oktober. Hier ist die Lage noch unklar. Nach einer ruhigen Nacht hörte man heute morgen kurz nach 6 Uhr in der Gegend des Hebelberger Platzes, heftiges Getöse. In das Postamt wurden Verdammte gebracht.  
 Paris, 25. Oktober. Der Sonderberichterstatter des Pariser Soir in London meldet: Decker und seine Anhänger, die in einem Bayern Anlauf gehabt haben, seien im Reich zu verhaften. Sie werden zu ihrem Schutz von belgischer Gendarmerie begleitet. Man könne ohne Heberzeugung, denn es sei die Wahrheit, sagen, daß die Nachener, die einen Tag lang einen regelrechten Aufstand erlebten, aufkommen. Das Rathaus, das mittags aufgegeben wurde, sei von Kommunisten (?) überfallen worden und man habe gesehen, wie ein alter Herrschappanzen am Balkon die heilige Fahne in Stücke zerriß. Decker werde jetzt wissen, daß seine Zeit, wenigstens in London, beendet sei.

Wiesbaden, 25. Oktober. Die Separatisten halten noch die öffentlichen Gebäude besetzt. Die Straßenbahn verkehrt wieder. Die Geschäfte sind zum Teil geöffnet. Vormittags gab es vor dem Arbeitsamt wieder erregte Austritte zwischen Arbeitsschloßen und Separatisten.

Andernach, 25. Oktober. Die Stadt ist von den Sonderbündlern wieder frei. Als die Sonderbündler sich an den französischen Kommandanten um Hilfe wandten, lehnte er dies mit der militärischen Erklärung ab: Der Krieg ist für die Sonderbündler verloren!

Saarbrücken, 25. Oktober. Die „Saarbrücker Zeitung“ meldet aus Trier: Hier hat gestern nachmittags ein neuer Vorstoß der Sonderbündler stattgefunden. Die öffentlichen Gebäude wurden von ihnen besetzt.

Mainz, 25. Oktober. Nach dem „Echo du Rhin“ wurden bei den Kämpfen zwischen den Separatisten, die vorübergehend den Reichstag aus dem Rheinland vertrieben, die Franzosen, der Lehrer Confanz von französischen Augen, der gerade die Straße passierte, von einer Sonderbündlerischen Kugel in den Kopf getroffen. Im „Echo du Rhin“ wird ferner mitgeteilt, beim Empfang des Direktoriums der rheinischen Partei habe der Präsident des Internationalen Reichsverbandes, Einrad, erklärt, er nehme von ihrer Mitteilung Kenntnis, könne aber andererseits bis auf weiteres das Direktorium als eine tatsächliche Macht nicht in den Bezirken anerkennen, wo es sich der Unmässigkeit zu bemächtigen vermag.

### Der Hamburger Putsch niedergeklagen.

Die Opfer des kommunistischen Handzuges.  
 Hamburg, 25. Oktober. Der kommunistische Putsch ist unterdrückt, die Polizei herein der Lage, Soweit bisher festgestellt, beträgt die Zahl der bei den Unruhen Gestorbenen 24, darunter 11 Polizeibeamte, und die der Verwundeten über 250.

Hamburg, 25. Oktober. Im Stadtinnern kam es gestern vormittag mehrfach zu Plünderungen, namentlich von Lebensmittelgeschäften. Im Hafen ruht die Arbeit noch völlig. Auch in mehreren Dörfern der Umgebung kam es zu Unruhen. In Hamburg mißfiel nachts ein Ueberfall händwärtiger Putschisten auf das Gefängnis. Im Bergedorfer Teich Erntehäuser megen fimmfzehn große Kabinen jäh. In Geesthacht sollten tausend Hamburger Kommunisten eingetroffen sein, um die Arbeiter der Dynamitfabrik zum Anschlag zu bewegen. Ein Torpedoboot wurde dort in entzündet. Im Verlaufe der Einberufung der Hamburger Stadträte Schilff und Bergedorf wurden etwa hundert Personen freigesprochen. Gegen ein von Kommunisten belegtes Geschäft in Barmbeck wurde ein Angriff unternommen, der das Geschäft unter schweren Verlusten für die Aufrechter süherte. Die Stadt ist zurzeit völlig ruhig und es wird kein bemerkbarer Widerstand mehr erwartet.

Weiter wird bekannt, daß der Reichsjustizminister auf Veranlassung des Hamburger Senats der Einlegung eines außerordentlichen Gerichts auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über den Ausnahmegerichtswesen vom 26. September zugestimmt hat. Vor diesem außerordentlichen Gericht, das in den nächsten Tagen bereits seine Tätigkeit beginnt, werden sich die an den Unruhen Beteiligten zu verantworten haben. Der Zahl der Gefangenen beträgt mehrere Hundert, läßt sich zurzeit aber noch nicht genau feststellen. In Altona hat sich eine freiwillige Bürgerwehr gebildet. Abschließend wird gesagt werden: 1. daß die kommunistische Aktion von langer Hand vorbereitet war; 2. daß die Kommunisten es fertig gebracht haben, trotz Regierungsvorbereitungen ihre Sonderhöfen in der letzten Zeit zu organisieren.

Hamburg, 25. Oktober. Wie das Mit-Abendblatt meldet, wurden im Laufe des gestrigen und des heutigen Tages hundert kommunistische Bürgeraktivitätsmitglieder verhaftet. Die eigentlichen Erzbürger des Putschverschlusses waren nach dem Urteil nicht zu fassen, da sie seit mehreren Tagen nicht in ihre Häuser zurückkehrten.

## Auf dem Wege der Verständigung.

Größere Selbständigkeit der Länder. Um den Ausnahmefallzustand.  
 Berlin, 25. Oktober. Anstelle der zur Besprechung der bayerischen Frage geplanten Reichstagsitzung fand gestern nachmittag in der Reichstagskammer eine Sitzung der Ministerpräsidenten und Gouverneure der Länder statt. Der bayerische Gesandte, Dr. Freger legte die bayerische Auffassung des Konfliktes dar und erklärte, Bayern sei durch den Reichsrat, habe aber den Wunsch nach einer Milderung der Ueberbannung des unitarischen Gedankens in der Reichsverfassung. Der Reichsstaatsminister namens der Reichsregierung antwortete:

Die Ernennung des Herrn v. Fock zum Generalstaatskommissar in Bayern hat die Besetzung mit sich gebracht, daß rechtsgerichtete Kreise in anderen Teilen des Reiches ihre Stunde für gekommen halten und zu Genesnissen bereit wärden. Dieser Gefahr habe der Reichsstaatsminister durch die Ernennung des Herrn Fock entgegenzutreten. Der Reichsstaatsminister habe die Wiederherstellung der Einheit der Reichsregierung herbeiführen wollen und die Reichsregierung habe die Möglichkeit ergangen sei. Auch die Reichsregierung wünsche, daß es gelänge, einen Ausgleich herbeizuführen. Weiter wies der Reichsstaatsminister auf die wiederholt öffentlich betonten Absichten der Reichsregierung, betreffend die Erweiterung der Reichsgesetze auf die Pfalz hin, hin. Bayern sei frei, weitere Anträge in dieser Richtung zu stellen, Voraussetzungen sei aber die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Nach längerer Besprechung wurde folgende Erklärung einstimmig angenommen:

In dem Konflikt zwischen Bayern und Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Es halten eine schnelle Beilegung der Verhältnisse für nicht. In ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzugehen, verlangen die Länder einmütig die baldige Umwandlung des unitarischen Ausnahmefallzustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Herrn Reichsstaatsminister hatten alle Vertreter der Länder beschlossen, die Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses zum Reich und Ländern im Sinne einer größeren Selbständigkeit der Länder zu einer geeigneten Zeit einzuleiten werden.

Im Anschluß hieran erklärte der Reichsstaatsminister die Bereitwilligkeit der Reichsregierung zur Verständigung. Die Reichsregierung sei ferner zu Verhandlungen über größere Selbständigkeit der Länder bereit. Schließlich sei die Reichsregierung geneigt, sobald es die Verhältnisse für nicht. In ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzugehen, verlangen die Länder einmütig die baldige Umwandlung des unitarischen Ausnahmefallzustandes in einen zivilen umzuwandeln.

Der Zusammenritt des Reichstages ist auf nächste Woche verhothen worden. Das Arbeitszeitgesetz ist nach der Annahme im Reichstag gestern im Reichstag eingegangen. Zu der Mitarbeiterfrage waren er erschienen die Reichsminister Brüning, Dr. Sieder, Baden, Kamme, Hessen, Ulrich, der Ministerpräsident von Sachsen Dr. Selmer, von Oldenburg, von Sinti, von Braunschweig, Jäger, von Thüringen, Frölich, von Mecklenburg-Schwerin, Jelling, aus Hamburg der zweite Bürgermeister Dr. Stolten, aus Bremen der Präsident des Senats Bürgermeister Dr. Zornant und der erste Bürgermeister von Lübeck Senator Reumann.

### Kaditeler Widerstand in Sachsen.

Eine Erklärung des Reichswehrministers.  
 Dresden, 25. Oktober. In den Verhältnissen sieht Reichswehrminister Kappeler gegen kaditeler Elemente ein. In Sibirer wurde ein Zustuß von einem Posten erschossen und ein anderer verfehlt.

Berlin, 25. Oktober. Das Reichswehrministerium teilt mit: Mit Bezug auf die Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Selmer im Landtag vom 22. Oktober 1923 wird festgestellt: Der Kampf einseitig in Sachsen ist nur zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Sachsen erfolgt. Der Auftrag des Generalleutnants Müller lautet:

„Das Wehrkreiskommando IV hat mit den ihm zur Verfügung stehenden und ihm noch zur Verfügung gestellten Waffenteilen verfassungsmäßige und geordnete Wehrkräfte im Kreisland Sachsen wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten.“

Alle anderen Gerichte über den Zweck der Wehrkreis IV zugehörigen Truppen sind ungesetzliche Kombinationen.

### Fortdauernde Lebensmittelkrawalle.

Berlin, 25. Oktober. Im Laufe des gestrigen Abends und des heutigen Vormittags wurden in 60-70 Fällen Lebensmittelgeschäfte angezündet. Verschlimmert wurden Krawalle und Plünderer gewannen ihre Ware ohne Entgelt abzugeben. Im ganzen gelang es aber der Polizei, schwere Ausschreitungen zu verhindern. Im Laufe des Dienstag sind 40 mehr noch jugendliche Personen auf freier Tat beim Plündern verhaftet worden.

Marienburg, 25. Oktober. Hier kam es zu Plünderungen von Bäckerin, Lebensmitteläden und Konfektionsgeschäften. Beim Eingreifen der Gendarm mit der blanten Waffe gab es mehrere Verwundete. Viele Befragungen wurden vorgenommen.

Altenstein, 25. Oktober. Vorgestern abend fanden hier größere Zusammenkünfte und Ausschreitungen statt, die gestern





# PROSPEKT über M. 42 000 000. — neue Stammaktien Nr. 33 501 — 75 500 über je M. 1000. — der Anhaltischen Kohlenwerke in Halle a. S.

Die Anhaltischen Kohlenwerke sind im Jahre 1881 errichtet und haben ihren Sitz in Halle a. S.

Zweck der Gesellschaft ist Erwerb, Ausbeutung und Betrieb von Braunkohlenwerken, die Herstellung und Verwertung von Erzeugnissen aus Braunkohlen sowie Erwerb, Einrichtung und Betrieb aller industriellen und Handelsgeschäfte, die sich an den Betrieb von Braunkohlenwerken anlehnen oder mit der Verarbeitung von Braunkohlen oder deren Produkten im Zusammenhang stehen; die Gesellschaft darf sich gleichartigen oder verwandten Unternehmungen beteiligen, sie pachten oder verpachten.

Die Gesellschaft besitzt und betreibt:

A. 1. die Abteilung Mariengruben bei Senftenberg (Niederlausitz), bestehend aus vier selbständigen Anlagen. Die Ausbeutung erfolgt fast ausschließlich durch Tagebau; die Leistungsfähigkeit an Rohkohle beträgt im Jahre 1 350 000 t; für die Gewinnung sind 4 Kohlenbagger vorhanden. Der Abraum wird durch eigene Betriebe mit 4 elektrischen Baggern und 5 Dampfbaggern beseitigt. Zur Abteilung gehören fünf Brikkettfabriken mit zusammen 27 Pressen, 33 Dampfrollen, 5 Röhrentrocknern, 45 Dampfkesseln sowie eine größere Anzahl von Dampf- und elektrischen Maschinen mit zusammen etwa 5000 PS und einer Jahresleistung dieser Werke von 425 000 t, ferner eine elektrische Zentrale mit 5 Dampfkesseln und 3 Dampfturbinen mit etwa 3500 PS Leistung. Außerdem befindet sich an den Anlagen eine kleine, elektrisch angetriebene Ziegelei. Gleisanschlüsse bestehen an die Station Senftenberg (N.-L.) und Groß-Räschen.

Der Grubenfelderbesitz beträgt 5300 ha.  
2. die Abteilung Braunkohlenwerk Grube Elisabeth bei Mücheln, Bez. Halle a. d. S., deren Ausbeutung durch Tagebau erfolgt. Für die Förderung sind 3 elektrische Kohlenbagger mit aufgestellt; die Leistungsfähigkeit beträgt im Jahre 1 700 000 t. Der Abraumbetrieb befindet sich in eigener Regie, dessen dienen 4 elektrisch angetriebene und 1 Dampfbagger sowie 20 Lokomotiven. Die Abteilung besitzt drei Brikkettfabriken mit 24 Pressen, 20 Röhrentrocknern, 41 Dampfrollen, eine Anzahl Dampf- und elektrische Maschinen mit etwa 6000 PS und einer Jahresleistung der Werke von 550 000 t und ferner eine elektrische Zentrale mit 4 Turbinen von 10 500 PS Leistung. Auch ist eine Ringziegelei mit elektrischem Antrieb vorhanden, die im Jahre 3 000 000 Steine herstellen kann. Gleisanschluss besteht an die Station Mücheln, Bez. Halle a. d. S.

Der Grubenfelderbesitz beträgt 500 ha.  
3. die Abteilung Zechau in Zechau (S.-A.), die fünf in sich abgeschlossene Anlagen besitzt. Die Ausbeutung wird mittels Tieftaub und eines Tagebaus vorgenommen. Die jährliche Förderleistung beträgt 300 000 t. Der Abraum wird selbst betrieben, die Leistung beträgt im Jahre 1 000 000 cbm. Die Abteilung besitzt für den Abraumbetrieb sowie für die Kohlegewinnung 6 elektrische Bagger. Vorhanden sind 5 Brikkettfabriken, die im Jahre 350 000 t erzeugen und mit 24 Pressen, 8 Dampfrollen, 15 Röhrentrocknern, 43 Dampfkesseln und ebenfalls mit einer größeren Anzahl von Dampf- und elektrischen Maschinen von etwa 3000 PS ausgestattet sind. Zu den Anlagen gehören zwei elektrische Zentren mit 3 Dampfturbinen und 2 Dampfmotoren von 6200 PS Leistung. Ferner befinden sich hier zwei Naßprelleistenfabriken mit ein nach Produktum von 15 000 t im Jahre. Gleisanschlüsse bestehen nach den Stationen Rositz (S.-A.), Großröda (S.-A.), Meuselwitz (S.-A.) und Altenburg (S.-A.).

Der Grubenfelderbesitz beträgt 1500 ha.  
4. die Abteilung Schönau bei Schönau (Neumark), deren Ausbeutung durch Tieftaub mittels dreier Schächte erfolgt und im Jahre 70 000 t bewältigt. Sonstige Anlagen sind hier nicht vorhanden. Gleisanschluss besteht nach Station Schönau.  
Der Grubenfelderbesitz beträgt 6200 ha.  
5. die Abteilung Braunkohlenbergwerk Grube Ludwig bei Frose i. A. und eine Wasserversorgungsanlage. Gleisanschluss zur Station Frose.

Der Betrieb des Bergbaues und der Tagesanlagen ist am 1. April 1913 an die benachbarte Gewerkschaft Concordia zu Nachterstedt pachtwise übergegangen; der Pachtvertrag hat eine Dauer von 25 Jahren. Bei seiner Beendigung wird diese Gewerkschaft sämtliche Pachtobjekte in Eigentum übernehmen. Von der Pachtung sowie des Eigentumsübertrag ausgehend bleibt ein Teil des Bergwerksbesitzes und die Anlagen der Gesellschaft betriebene Wasserversorgungsanlage sowie ein im Dorfe gelegenes Hausgrundstück. Ueber die Gestaltung des Pachtzinses und die Höhe des künftigen Kaufpreises sind zurzeit Verhandlungen im Gange, die einen für die Anhaltischen Kohlenwerke günstigen Verlauf nehmen.

Weitere Grubenfelder in einer Gesamtgröße von 11 500 ha liegen nicht im Bereiche der einzelnen Abteilungen.

B. Die Gesellschaft hat im letztabgefahrenen Geschäftsjahre neu erworben:

1. zu Abrudung des Felderbesitzes bei Senftenberg (N.-L.) Kohlenabbauerschichten in der Nachbarschaft der Rittergüter Muckrow, Cunerndorf und Leskow.  
2. Verleihung auf Grund des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in einer Größe von 6750 ha und Grubenfelder in einer Größe von 4500 ha bei Fürstenwalde (Spre), Grünberg (Schlesien) und Cossen (Neumark) mit einem neu erworbenen Kohlenvermögen, welches jedoch erst nach Bohrung der Felder nutzbringend ist.  
3. die Oberfläche des Rittergutes Leskow im Ausmaß von rd. 219 ha, dessen Unterirdisches bereits seit längerer Zeit in ihrem Besitz war.

C. Mit über neun Zehntel der Kuxe ist die Gesellschaft seit November 1922 ferner beteiligt an:  
der Gewerkschaft Oskarsbergen, die über 40 Maximalfelder umfaßt. Die Förderung aus der Grube Oskar in Schmagero (Neumark) und der Grube Borussia bei Drossen (Neumark) beträgt 80 000 t im Jahre, die Produktion an Brikketts 18 000 t.  
Die Gesamtbelegschaft sämtlicher Werke beträgt ungefahr 7000 Mann.

Der Grundbesitz der Gesellschaft beträgt rund 4000 ha. Die Entwicklung der Werke in den letzten fünf Jahren ergab sich aus folgender Übersicht:

Gesamtförderung		Absatz	
Rohkohle	Rohkohle	Brikketts	
1918 3 630 782 t	546 956 t	1 106 488 t	
1919 2 887 525 t	358 543 t	809 808 t	
1920 3 812 011 t	593 046 t	1 033 825 t	
1921 4 284 762 t	730 551 t	1 750 521 t	
1922 4 238 034 t	833 101 t	1 232 953 t	

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug ursprünglich M 1 200 000.— und ist allmählich, zuletzt 1921, auf M 34 500 000.— (M 30 000 000.— Stamm- und M 4 500 000.— Vorzugsaktien) erhöht worden. Die ordentliche Generalversammlung vom 9. Mai 1922 beschloß zwecks weiterer Stärkung der Betriebsmittel eine Kapitalerhöhung um M 30 000 000.— ab Januar 1922 dividendenberechtigten Stammaktien, die von einer Bankgemeinschaft unter Führung der Dresdner Bank zu 195 % übernommen und den alten Stammaktionären im Verhältnis von M 1000.— zu M 1000.— zum Kurse von 215 % zum Bezage angeboten wurden. Das dabei erzielte Aufgeld soll nach Abzug der Kosten mit rund M 30 000 000.— der gesetzlichen Reserve zu.

Am 21. November 1922 beschloß die außerordentliche Generalversammlung eine abnormale Erhöhung des Grundkapitals um weitere M 12 000 000.— neue Stammaktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1923. Der Vorstand wurde ermächtigt, sämtliche Einzelheiten der Begebung dieser neuen Aktien selbstständig festzusetzen und sie insbesondere zur Beschaffung der Mittel für den Erwerb von Unternehmungen, von Anteilen an solchen oder von Grubenfeldern zu verwenden. Von den 12 000 neuen Aktien der

Emission vom November 1922 haben bereits 2131 Stück zum Erwerb der vorerwähnten Kuxe der Gewerkschaft Oskarsbergen Verwendung gefunden. Der Rest der Aktien steht noch zur Verfügung des Vorstandes der Gesellschaft und ist ausschließlich zum Erwerb von weiteren Kohlenbergwerken bzw. Feldern bestimmt.

Die neuen Stammaktien der beiden hiermit zur Einführung gelangenden Emissionen tragen die Unterschriften eines Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedes in Faksimile, die Handzeichnung eines Kontrollbeamten und den Eintrag der Seite des Aktienbuches.  
Das Grundkapital beträgt nunmehr M 76 500 000.—, eingeteilt in

M 72 000 000.— auf den Inhaber lautende Stammaktien, 5000 Stück zu je M 300.—, Nr. 1—5000 und 70 500 Stück zu je M 1000.—, Nr. 5001—75 500, und M 4 500 000.— auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien, 4500 Stück zu je M 1000.—, Nr. 1—4500.

Die Vorzugsaktien haben vor den Stammaktien einen Anspruch auf 6 % Vorzugsdividende mit dem Recht auf Nachzahlung aus dem Reingewinn späterer Jahre sowie auf vorzugsweises Befriedigung im Falle der Liquidation zu 115 % nebst Dividendenrückständen und 6 % Zinsen von Beginn des Jahres, in dem die Liquidation beginnt, bis zur Einlösung. Die Vorzugsaktien können von der Gesellschaft ganz oder teilweise durch Ankauf oder Verlosung zu 115 % zurückgezahlt werden. Die Einlösung erfolgt auf Grund eines gemäß § 288 des Handelsgesetzbuchs zu fassenden Beschlusses der Generalversammlung, betreffend die Herabsetzung des Grundkapitals. Werden nicht sämtliche Vorzugsaktien auf einmal eingelöst, so sind die zur Einlösung gelangenden Nummern durch Verlosung zu bestimmen.

Den von der Generalversammlung zu wählenden Aufsichtsrat bilden gegenwärtig die Herren: Geheimrat Rat Dr. jur. h. c. et Dr.-Ing. e. h. Otto Beutler, Dresden, Vorsitzender; Barthold Arons, beim Bankhaus Arons & Walter, Berlin, stellvertretender Vorsitzender; Wilhelm Homberger, vom Bankhaus Wilhelm J. Homberger, Frankfurt a. M., 2. stellvertretender Vorsitzender; Dr. phil. Albert Forcke, Remner, Weimigerode; Georg Hellf, vom Bankhaus N. Heff & Co., Berlin; Wilhelm Bausefeld, Direktor der Essener Credit-Anstalt, Essen; Franz Johann, früher Generaldirektor der Gesellschaft, Halle a. S.; Bergassessor a. D. Theodor Quehl, Altona; Generaldirektor der Werschen-Weißelner Braunkohlen-A. G., Halle a. S.; Exz. Dr. Eugen Schiffer, Reichsminister a. D.

Berlin. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten neben ihrem noch zu erwähnenden Gewinnanteile als Jahresvergütung insgesamt M 150 000.— zu Lasten der Unkosten. Die Gesellschaft trägt auch die auf den Bezügen des Aufsichtsrats lastenden Abgaben.

Der Vorstand der Gesellschaft besteht zurzeit aus den Herren: Generaldirektor Dipl.-Ing. F. Raab, Halle a. S., Direktor Bergassessor O. Heuleider, Halle a. S., Direktor Dipl.-Ing. H. Schenk, Senftenberg (N.-L.), Direktor Dipl.-Ing. R. Ulke, Zechau (S.-A.), und den stellvertretenden Mitgliedern Direktor Bergassessor B. Merens, Sierckau, und kaufmännischer Direktor L. Albrecht, Halle a. S.

Die Generalversammlungen finden in Halle a. S., Berlin, Frose i. A. oder Asciereleben statt. In der Generalversammlung gewährt jede Aktie zu M 1000.— drei Stimmen, jede Aktie oder jede Vorzugsaktie zu M 300.— zehn Stimmen.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.  
Verteilung des Reingewinns: 1. 5 % zum Reservofonds, so lange der zehnten Teil des Grundkapitals nicht übersteigt, sowie etwaige weitere Rücklagen, 2. Von dem verbleibenden Betrag an Vorstand und Beamte die vertragsmäßigen Tantiemen, 3. Bis zu 6 % Dividende und etwaige Rückstände auf die Vorzugsaktien, 4. Bis zu 4 % Dividende auf die Stammaktien. Von dem alsdann verbleibenden Gewinnbetrag 10 % Tantieme an den Aufsichtsrat, 6. Der Rest wird, soweit er nicht auf neue Rechnung vorgetragen wird, als weitere Dividende auf die Stammaktien verteilt.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, in Berlin Stellen zu bestimmen und bekanntzugeben, bei denen kostenfrei die Auszahlung der Dividende, die Hinterlegung von Aktien für die Generalversammlung sowie die Ausübung von Bezugsrechten und sonstigen von der Generalversammlung beschlossenen, die Aktienurkunden betreffenden Maßnahmen erfolgen können. Zulkstellen für die Gewinnanteilscheine sind, außer der Gesellschaftskasse in Halle a. S., in Berlin: die Dresdner Bank, die Berliner Handels-Gesellschaft, die Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, die Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, die Deutsche Bank, die Bankhäuser Gebriider Arons, Arons & Walter und Wilhelm J. Homberger, in Essen: die Essener Credit-Anstalt; in Dortmund: die Dresdner Bank Filiale Dortmund, die Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Filiale Dortmund und die Essener Credit-Anstalt; in Frankfurt a. M.: die Dresdner Bank in Frankfurt a. M. und die Bankhäuser Baß & Herz und Wilhelm J. Homberger; in Weimigerode: die Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Weimigerode, sowie sämtliche Zweigniederlassungen aller vorstehend genannten Banken.

Die Gesellschaft hat an Dividenden für die letzten fünf Jahre verteilt auf die M 9 000 000.— bzw. M 4 800 000.— (1918—1922) Vorzugsaktien je 6 % auf die Stammaktien: 1918 und 1919 je 10 % auf je M 10 000 000.—, 1920 12 % auf M 15 000 000.—, 1921 20 % auf M 30 000 000.—, 1922 100 % auf M. 60 000 000.—.

## Bilanz am 31. Dezember 1922.

Aktiva			Bilanz am 31. Dezember 1922.			Passiva		
	Zugang	Abschreibung						
Nocheinziehendes Aktienkapital			9 000 000			Aktienkapital:		
Grubenfelder	2 157 807 35	952 961 35	14 670 001		a) Vorzugsaktien	4 200 000		
Schwergrundstücke	502 000	102 053	1 939 011		b) Stammaktien	76 300 000	76 300 000	
Eisenbahn	299 230	106 730	409 815		Anleihen	1 444 000		
Schächte und Gruben		67 914	149 121		— von 1896	1 375 000		
Gruben-Gebäude	184 600	62 032	654 828		— III: von 1904	2 600 000		
Gruben-Maschinen und -Geräte	231 000	104 297	657 239		— III: von 1910	1 030 000	5 222 000	
Brikkettfabrik-Gebäude	311 300	227 064	2 043 420		(v. Zechau übernommen)	3 450 000		
Brikkett-Maschinen und -Geräte	64 000	263 769	1 055 100		Reservofonds:			
Niederlageanlagen		18 395	2		— Zugang: Aufgeld f. neue Aktien	30 350 907 25	33 800 907	25
Planen			2		— Rücklagen l. f. neue Aktien		17 800 000	
Wohngebäude	2 647 053 75	275 203 75	4 875 900		— Wohlfahrt		281 899	17
Tagebau	22 415 81		2 264 934		— Debitoren		45 234	39
Abraum-Geräte	706 500	366 939	1 461 737		Bürgschaft		51 518 060	
Werkstatt	40 000	55 381	1		— Bestand der A. R. W.-Rühegehalts-Konten		4 880 671	24
Wegbau	13 000	26 845	4		Anleihen-Tilgungs-Rückstand		261 930	25
Planen			2		Anleihen-Zinsen-Rückstand		97 830	30
Fahrzeug	32 289	57 498	50 005		Dividenden-Rückstand:			
Möbel und Geräte	356 000	182 183	178 473		a) auf Stammaktien	45 244		
Elektrische Anlagen	369 000	216 010	708 737		b) auf Vorzugsaktien	8 280	33 524	
Schwererzt.			36 335		Berufsgenossenschafts-Beitrag-Rückstand		25 016 619	70
Ziegeleien		4 037	5 623		Hypotheken und Restkaufgeldder-kaution		6 210 752	24
Ziegelei-Maschinen und -Geräte			2 332 528		Ronto-Korrent-Gläubiger		2 214 446 277	60
Bürgschaft	1 777 703		51 518 060		— Gewinn und Verlust:		8 000 000	35
Vermögen der A. R. W.-Rühegehaltskonten			4 889 671		a) Gewinnvortrag aus 1921	351 722 92		
Konto-Korrent:					Reingewinn in 1922	121 213 565 66	121 565 291	35
a) Bankguthaben 277 620 330 17			2 432 182 281	65	Davon:			
b) Anzahlungen 372 112 903 74			32 532 608	49	Reservofonds (auf die gesetzliche Höhe überschritten und Gewinnanteile)	19 926 263 22		
c) Schuldner 1 782 449 047 74					Dividende:			
Kasse			414 661	35	a) auf Stammaktien			
Wertpapiere (davon M. 350 000.— an Konsolidationsanleihen (Emissionen und Reichsanleihe))			2 091 961	80	b) auf Vorzugsaktien			
Schwererzt.			1 528 440	80	100% auf Stammaktien			
Materialienbestände			1 528 440		a) auf M. 270 000			
					100% auf Stammaktien			
					a) auf M. 60 000 000	60 270 000		
					Überweisung an die A. R. W.-Rühegehaltskonten	6 000 000		
					Für Wohlfahrtszwecke	1 000 000		
					Gewinnvortrag auf 1923	34 369 028 36		
	9 774 295	911	3 135 117	102	2 565 468 958	32		

\*) Sämtliche Anleihen sind gekündigt und werden spätestens am 1. Januar 1924 zurückgezahlt. \*) Von den M. 4 033 299,80 Hypotheken sind M. 626 550.— mit 4% p. M. 518 000.— mit 4 1/2% p. M. 34 000.— mit 4 3/4% p. M. 1 255 100.— mit 4 5/8% p. M. 1 568 149,80 mit 5% p. M. 32 000.— mit 6% p. verzinslich. Die Kündigungstrag beträgt teils zwei Monate, teils sechs Monate. M. 75 000.— sind am 1. Januar 1924 und von M. 626 000.— am 1. Januar der Jahre 1925 bis 1929 je M. 125 000.— hällig. Von den M. 2 177 422,80 Restkaufgeldern sind M. 416 094,72 mit 4% p. M. 244 997.— mit 4 1/2% p. M. 636 361,60 mit 5% p. M. 800 000.— mit 6% p. verzinslich. Die Gelder sind vierteljährlich bzw. halbjährlich kündbar. \*) Davon Aufsichtsanleihe M. 11 124 145,05.

## Soll. Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dezember 1922. Haben.

Soll.			Haben.		
	M.	T.		M.	T.
Anleihe-Zinsen		244 408	Gewinn-Vortrag aus 1921		351 722 92
Abschreibungen für 1922		3 135 117	Verschiedene Einnahmen		2 201 614 92
Bilanz-Konto: Gewinn		121 565 291 58	Betriebs-Gewinn		122 391 479 59
		124 944 817 43			124 944 817 43

\*) Nach Abzug von M. 12 972 123,66 Steuern und öffentliche Lasten und M. 108 851 398,70 Handlungskosten.

Gegenüber dem Stande vom 31. Dezember. 1922 weisen nach dem Stande vom 30. Juni 1923 folgende Konten wesentliche Veränderungen auf: Bankguthaben rd. M 1 500 000 000.—, sonstige Debitoren rd. M 33 300 000 000.—, Waren- und Materialbestände schätzungsweise M 25 000 000 000.—, Bankschulden rd. M 99 000 000.—, Hypotheken rd. M 4 500 000.— und sonstige Kreditoren einsch. Rücklagen rd. M 42 100 000 000.—.

Die Gesellschaft gehört mit ihren Braunkohlenwerken östlich der Elbe dem Ostelbischen Braunkohlensyndikat G. m. b. H., Berlin, an, dessen Dauer zunächst bis zum 31. März 1928 festgesetzt ist. Mit den westlich der Elbe gelegenen Braunkohlenwerken gehört sie zum Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat G. m. b. H., Leipzig, das zunächst bis 31. März 1925 läuft. Neben den gesetzlichen Obliegenheiten ist der Zweck der Syndikate insbesondere die Regelung des Vertriebes der Erzeugung ihrer Mitglieder. Die Beteiligungsziffern der Gesellschaft betragen beim Ostelbischen Syndikat 300 000 t Rohkohle und 410 000 t Brikketts, beim Mitteldeutschen Syndikat 520 000 t Rohkohle und 1 039 000 t Brikketts.

## Das Gewinnergebnis des laufenden Geschäftsjahres ist bisher zurückerstattet.

Halle a. S., im September 1923.

## Anhaltische Kohlenwerke.

Auf Grund vorstehenden Prospektes sind M 42 000 000.— neu Stammaktien Nr. 33 501—75 500 über je M 1000.— der Anhaltischen Kohlenwerke in Halle a. S. zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen.

Berlin, Dortmund, Frankfurt a. M., im Septbr. 1923.

**Dresdner Bank**  
**Commerz- u. Privat-Bank**  
**Kaufmannsche Bank**  
**Gebrüder Arons**  
**N. Heff & Co.**  
**Bass & Herz**

**Berliner Handels-Gesellschaft**  
**Darmstädter u. Nationalbank**  
**Kommanditgesellschaft auf Aktien**  
**Arons & Walter**  
**Essener Credit-Anstalt**  
**Wilhelm J. Homberger.**